

# Klimabündnis Freiburg

Freiburg im Breisgau, 26. November 2011

Zu der Anhörung im energiewirtschaftlichen Koordinationsrat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28. November 2011 zur anstehenden Novelle des Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung in Berlin erklären der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) und das Klimabündnis Freiburg:



**Der besonders energieeffizienten Kraft-Wärme-Kopplung zum Durchbruch verhelfen**

**Die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) muss auf neue Beine gestellt werden**

**Grundlegende Vereinfachung der Förderinstrumente von Nöten**

**Bundesregierung verfehlt das 25-Prozent-Ziel für klimaschonenden Kraft-Wärme-Strom**

Die gemeinsame Bereitstellung von Strom und Wärme am Ort des Bedarfs gilt als besonders energieeffizient. In der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird die Primärenergie mit dem höchsten Wirkungsgrad und mit den geringsten Kohlendioxidemissionen verwertet. In KWK-Anlagen sind die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten deutlich niedriger als bei anderen Verfahren der Energiebereitstellung. Darüber hinaus sind die äußerst flexiblen KWK-Anlagen bestens dazu geeignet, die wechselhafte Strombereitstellung durch die Erneuerbaren Energien (Photovoltaik und Wind) auszugleichen. Wegen der zahlreichen Vorteile der Kraft-Wärme-Kopplung wurde im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz 2009 beschlossen, bis 2020 den Anteil von KWK-Strom auf 25 Prozent zu steigern. Wie der Erfahrungsbericht zum KWK-Gesetz in diesem Jahr verdeutlicht hat, wird dieses Ziel leider grandios verfehlt.

**Kostendeckende Einspeisevergütung für KWK-Strom**

Für das Klimabündnis Freiburg und den BBU lässt sich diese Zielverfehlung auf eine falsche Förderpolitik zurückführen. Praktisch sämtliche Wirtschaftsverbände, die sich mit der Kraft-Wärme-Kopplung befassen, beklagen viel zu bürokratische Förderinstrumente. Das Klimabündnis schlägt vor, die derzeit noch außerordentlich komplizierte Förderpolitik radikal zu vereinfachen. **Statt eines Sammelsuriums unterschiedlichster Förderinstrumente soll es künftig nur noch ein Förderinstrument geben: Die KWK-Experten des Freiburger Klimabündnisses schlagen vor, die Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmespeicher und -netze ausschließlich durch eine umlagefinanzierte Einspeisevergütung statt mit steuerfinanzierten Programmen zu fördern.** Die KWK-Förderung würde sich damit künftig am Modell der Förderung von Ökostrom durch das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) orientieren.

Bei diesem Modell würde die KWK-Förderung künftig gleitend anhand der Leistung der Anlagen und angehängt an den Gasgrenzübergangspreis + x berechnet werden- wobei x für die Investitions- und Wartungskosten steht. Eine solche kostengerechte umlagefinanzierte KWK-Vergütung erspart alle weiteren steuerfinanzierten Förderungen, die in der Vergangenheit den KWK-Zubau durch fortlaufenden Planungsunsicherheiten und eine unüberschaubare Regelvielfalt behindert haben.

Das Klimabündnis Freiburg und der BBU gehen davon aus, dass sich mit dem radikal vereinfachten Fördermodell die KWK-Förderung zielgenauer und berechenbarer als in der Vergangenheit gestalten lässt. Eine schnelle Umsetzung des Vorschlags könnte es möglich machen, das 25-Prozent-Ziel für KWK-Strom an der deutschen Strombereitstellung doch noch zu erreichen.

### **Vergünstigungen für stromintensive Unternehmen sind kontraproduktiv für die Kraft-Wärme-Kopplung**

Kritisch sehen das Klimabündnis Freiburg und der BBU, dass die Bundesregierung derzeit dabei ist, stromintensive Unternehmen von der EEG-Umlage und von den Netzentgelten zu befreien. Damit würde im industriell-gewerblichen Bereich der Strombezug so billig, dass sich in zahlreichen Fällen der Einsatz der besonders energieeffizienten Kraft-Wärme-Kopplung betriebswirtschaftlich nicht mehr rechnen wird. Die Folge wären mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen und höhere Abwärmeverluste.

Angesichts dieser Fehlentwicklungen ist dem ehemaligen CDU-Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer leider zuzustimmen, wenn er in dieser Woche in einem FR-Interview kritisierte, dass der schwarz-gelben Koalition derzeit noch ein in sich logisch aufgebauter Masterplan für die Energiewende fehlt. Töpfer artikuliert mit Recht die Befürchtung, dass die CDU/CSU/FDP-Koalitionäre drauf und dran sind, die unbedingt erforderliche Energiewende mit ihrer weltweiten Vorbildfunktion fatalerweise in den Sand zu setzen.

*Für Rückfragen und Interviewwünsche zu den innovativen Vorschlägen des Freiburger Klimabündnisses zur Umstellung der KWK-Förderung stehen Aktive des Freiburger Klimabündnisses gerne zur Verfügung:*

**Dr. Jörg Lange**

Mobil 0151-21162854

E-Mail: [lange@vauban.de](mailto:lange@vauban.de)

**Nikolaus Geiler**

Tel.: 0761/275 693 oder 4568 71 53

E-Mail: [nik@akwasser.de](mailto:nik@akwasser.de)

Mehr Informationen über das Klimabündnis Freiburg sowie zu unseren KWK-Vorschlägen im Internet unter [www.klimabuendnis-freiburg.de](http://www.klimabuendnis-freiburg.de)

Gerne mailen wir Ihnen unsere Vorschläge, die wir dem energiewirtschaftlichen Koordinationskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Hinblick auf die anstehende Novelle des Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung unterbreitet haben.

**Mit Spenden den BBU unterstützen**

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO<sub>2</sub>-Endlagerung und für umweltfreundliche Energiequellen. Zur Finanzierung seines Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666. Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de); telefonisch unter 0228-214032.